

Ressort: Politik

Saarland stimmt für rot-grünen Mindestlohn-Antrag

Berlin, 27.02.2013, 15:49 Uhr

GDN - Die saarländische Koalition von CDU und SPD wird am Freitag im Bundesrat der rot-grünen Gesetzesinitiative für einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zustimmen. "Wir wollen gute Arbeit mit fairen Löhnen. Deshalb unterstützt die saarländische Landesregierung den Antrag der SPD-regierten Länder für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde", sagte der saarländische Wirtschafts- und Arbeitsminister Heiko Maas (SPD) der "Welt".

Er fügte hinzu: "Der Antrag ist umfassender und weitgehender als der CDU-Vorschlag." Die Regierung von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) positioniert sich damit gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung und andere unionsgeführte Länder. Unter der Federführung des rot-grün regierten Rheinland-Pfalz plädieren die sogenannten A-Länder für den allgemein verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Zu dem Antrag, der eine Gleichstellung homosexueller Paare im Steuerrecht vorsieht, wird sich das Saarland im Bundesrat enthalten, erfuhr die "Welt" aus Regierungskreisen. Das CDU/SPD-geführte Thüringen wird sich dem Vernehmen nach im Bundesrat zum Mindestlohn der Stimme enthalten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-8822/saarland-stimmt-fuer-rot-gruenen-mindestlohn-antrag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619